

Geisenheimer Zeitung

Anzeigblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;
Bezugspreis: 2.— Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.— M.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Beitzelle oder deren Raum für Geisenheim
25 &, auswärtiger Preis 30 &. Reklamezeile 90 &. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanruf Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 115.

Donnerstag den 30. September 1920.

20. Jahrgang.

Die Brüsseler Finanzvorschläge.

Sparsamkeit und Erhöhung der Einnahmen.

Wenn die weiteren Verhandlungen der Brüsseler Konferenz nicht mehr halten, als der erste Tag der großen Aussprache versprochen hat, so wird die Bereicherung unseres Wissens über das, was die Zukunft in finanzieller Hinsicht uns bringen kann, nicht sehr groß sein. Der Grundton dieser Reden war Sparsamkeit und Erhöhung der Einnahmen. Das haben wir wohl alle schon vorher gewußt. Aber mit solchen normalen und naheliegenden Mitteln ist doch nur unter normalen Verhältnissen etwas zu erreichen. Wie aber soll das deutsche Volk sparen, wenn ihm durch die wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrages die Möglichkeit zu verdienen genommen wird?

Der Vizepräsident der Brüsseler Konferenz, der englische Delegierte Brand, hat erklärt, der Staat dürfe sich vor allen Dingen keine unproduktiven Ausgaben leisten, und zu diesen unproduktiven Ausgaben hat er die Arbeitslosenunterstützung sowie die staatlichen Zuschüsse zur Verbilligung eingeführter Lebensmittel und Rohstoffe gerechnet. Das ist leicht gesagt von dem Vertreter eines Landes, das, wie England, von den furchtbaren Folgen des Krieges das geringste Maß zu tragen hat. Er soll uns aber einmal erklären, von welchen Mitteln wir die Hunderttausende der Arbeitslosen ernähren sollen, da doch England und seine Alliierten dafür gesorgt haben, daß die Arbeitslosigkeit in unserem Lande eine zunehmende und leider wahrscheinlich dauernde Einrichtung sein wird.

Deutschland soll seine Hilfsquellen der Allgemeinheit zur Verfügung stellen.

Im ersten Augenblick klingt es unseren Ohren auch durchaus angenehm, wenn er erklärt, die Staaten dürften ihre Hilfsmittel nicht für sich und ihre Völker allein beanspruchen wollen, sondern sie müßten sie der Allgemeinheit der Nationen zur Verfügung stellen. Wer aber dem Sinn dieser und ähnlicher Worte auf den Grund geht, kann sich des Verdachtes nicht erwehren, daß immer wieder letzten Endes Deutschland als dasjenige Land gemeint ist, das seine Hilfsquellen der Allgemeinheit zur Verfügung stellen soll.

Wir können den Herren von der Brüsseler Finanzkonferenz verraten, daß der beste Weg, die Finanzen Europas der Gesundung zuzuführen, der ist, das deutsche Volk wieder in den vollen Besitz seiner Hilfsmittel und seiner Arbeitskraft zu setzen. Wie die Dinge liegen, gibt es keine bessere Kapitalanlage für die europäische Welt, als die Finanzierung der deutschen Arbeit.

Zur Verringerung der Ausgaben empfiehlt der Engländer Brand u. a. hauptsächlich die Einschränkung der militärischen Rüstungen, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sie im Einklang mit allen Regierungen zustande komme. Ferner rät er den Regierungen, sich allen solchen sozialen Maßnahmen zu widersetzen, die, wie z. B. die Sozialisierung, die Lage nur verschlimmern könnten. Der Redner wünschte im Interesse der europäischen Finanzen auch die möglichst rasch erfolgende Aufhebung aller Beschränkungen der Handelsbeziehungen zwischen den Nationen.

Amerika gegen strenge Zahlungsbedingungen.

Der amerikanische Delegierte der Finanzkonferenz in Brüssel wurde nach einer Meldung der „Deutschen Allg. Ztg.“ von seiner Regierung beauftragt, die Entente-Delegierten von der Absicht der amerikanischen Regierung zu verständigen, daß die strengen Zahlungsbedingungen, die Deutschland auferlegt wurden, wesentlich erleichtert werden sollen. Die traurige Lage der deutschen Währung mache es Deutschland unmöglich, die Kriegsschädigung zu zahlen, es sei denn in Form von Waren. Die amerikanische Regierung empfiehlt deshalb, irgendeine Art dieses Tauschhandelsystems, auf Grund dessen Ganz- und Halbfabrikate als Zahlung für Rohstoffe benutzt und angenommen werden sollen. Ein solches System werde Deutschland handelsfähig machen, dem Ausland helfen und seine finanzielle Lage wesentlich verbessern.

Der frühere amerikanische Lebensmitteldirektor Hoover ist in Brüssel eingetroffen, um an der Finanzkonferenz teilzunehmen.

Die Kommissionen in Brüssel.

Der Berichterstatter des „Welt Journal“ meldet, daß in Brüssel fünf Kommissionen gebildet werden sollen, die sich beschäftigen werden 1. mit der Verbilligung der Finanzbilanz der verschiedenen Staaten, 2. mit der Münzfrage, 3. mit den Mitteln zur Verminderung der Ausgaben, 4. mit internationalen Anleihen und Krediten, 5. mit Mitteln zur Erleichterung des internationalen Handels.

Der Fehler von Brüssel.

Der Vertrag von Versailles — eine unerwünschte Frage...

Die Noence Gavas verbreitet aus Brüssel folgende Meinung über die Besprechung zwischen deutschen und französischen Vertretern:

„Die Mitglieder der beiden Delegationen haben Gelegenheit gehabt, sich über das Programm der Konferenz und über den Geist auszusprechen, der für eine Diskussion angebracht ist. Es hat sich im Laufe dieser Besprechung ergeben, daß die deutschen Abgeordneten an die Diskussion im gleichen Sinne herantreten wie die anderen Delegierten. Auch sie betrachten die Konferenz von Brüssel als eine Zusammenkunft von Fachmännern, die die Aufgabe haben, ein beschränktes Programm zu beraten und die von dem ehrlichen Wunsche befeuert sind, in loyaler Weise mit den anderen Mitgliedern der Konferenz zusammenzuarbeiten, ohne den Versuch zu machen, irgend eine unerwünschte Frage anzuschneiden.“

Das gefährlichste Thema ist ohne Zweifel der „Vertrag von Versailles“. Die französische Delegation hat, getrieben der Umwälzung Millierands, jede Erörterung des Versailler Diktats von vornherein abgelehnt und ihre Beteiligung an der Konferenz davon abhängig gemacht, daß die Revision des Vertrages unter keinen Umständen unter dem Vorwand von Erörterungen über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Europas zur Sprache kommt. Weder die Wiederherstellungsfrage, noch die Deutschland durch die Genfer Konferenz aufzuwerfenden Fragen sollen irgendwie berührt werden. Die deutsche Delegation hat sich diesem Wunsche gefügt, wohl um den ganzen Verlauf der Konferenz nicht zu gefährden. Sie wird es zweifellos peinlichst vermeiden, in Brüssel über die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu sprechen.

Doch ist damit noch lange nicht die Gewähr gegeben, daß diese Frage nicht von anderer Seite angeschnitten werden wird. Wir werden in dieser Vermutung bestärkt durch verschiedene Auslassungen der führenden englischen Presse. So schreiben die bekannten „Daily News“ in einer kritischen Abhandlung über die Brüsseler Besprechungen:

„Deutschland ist der Hauptfaktor in dem europäischen Wirtschaftsproblem. Es muß zum mindesten sichere Garantien erhalten, daß seine Anstrengungen zur Wiederherstellung seines Wirtschaftslebens nicht durch ungeheure und unbegründete Forderungen während einer Reihe von Jahren erschwert und verhindert werden. Eine solche Ermäßigung muß Deutschland erhalten, um seine Produktion und sein Streben nach nationaler Bedeutung zu vergrößern. Die Brüsseler Konferenz wird ein nützliches Stück Arbeit geleistet haben, auch wenn sie nur die Probleme frei und offen darlegt und den Staatsmännern der Entente beweist, welche Torheit sie begehen, Deutschland in dem Meer großer unbekannter Verpflichtungen untergehen zu lassen.“

In diesem Zusammenhang beanspruchen die Ausführungen besondere Beachtung, die das bekannte nationalistiche „Echo de Paris“ von seinem Berichterstatter aus Brüssel erhält. Dieser erklärt, daß die Gefahr der Konferenz darin, daß sie ein für die öffentliche Meinung im allgemeinen und die internationale Finanz im besonderen autoritatives Gremium zusammenberuft, um den Wiederaufbau von Europa zu einer Angelegenheit zu machen, die den Vorrang vor jeder anderen haben muß; ferner, daß sie im Friedensvertrag alles bekämpft, was diesem Wiederaufbau entgegensteht, vor allem die schweren Lasten, die den besiegten Völkern in Folge ihrer Niederlage auferlegt wurden.“

Weiter setzt dann der Korrespondent auseinander, daß es sich darum handelt, gegen die Keynes-Richtung die Interessen Frankreichs zu wahren gegenüber allen Finanziers, auch den Finanziers in der französischen Delegation selbst, die bezieht darauf sind, ihre Geschäfte baldmöglichst wieder normal abwickeln zu können.

Das der französischen Regierung nahestehende Blatt muß damit offen zugeben, daß auch in französischen Wirtschaftskreisen eine Abneigung besteht gegen die geistreiche Unterdrückung des deutschen Wirtschaftslebens wie sie von den französischen Staatsmännern seit dem Tage des Waffenstillstandes ohne Unterlaß ausgeübt wird. Eine Lösung des europäischen Wirtschaftsproblems ist eben nach Ansicht aller vernünftigen denkenden Menschen nur möglich, wenn das deutsche Wirtschaftsleben sich wieder frei entfalten kann. Die Brüsseler Konferenz würde von vornherein ihren Zweck verfehlt haben, wenn sie ihre Aufgabe unter einem gegenteiligen Gesichtspunkte betrachtete wollte.

Worin besteht die Rettung?

Verminderung der Einfuhr, Steigerung der Ausfuhr.

In dem der Brüsseler Konferenz unterbreiteten amtlichen deutschen Bericht über die finanzielle Lage Deutschlands gibt die deutsche Regierung zum ersten Male noch langer Zeit einen klaren Überblick über

den deutschen Außenhandel, über Ein- und Ausfuhr.

Die Denkschrift enthält auch für das deutsche Publikum überaus bedeutsame Angaben. So werden von der Außenhandelsstatistik des Reiches die monatlichen Endziffern für das Jahr 1919 und für die ersten fünf Monate des Jahres 1920 bekanntgegeben. Das Jahr 1919 zeigt danach mit einer Einfuhr im Werte von 32 Milliarden und einer Ausfuhr von 10 Milliarden einen Einfuhrüberschuß von nicht weniger als 22 Milliarden Mark. In den ersten drei Monaten des Jahres 1920 hält diese Passivität der Handelsbilanz noch an. Der Januar zeigte einen Einfuhrüberschuß von 3,3 Milliarden, der Februar von 1,7 Milliarden, der März von 1,5 Milliarden. Vom April an aber machen sich die Wirkungen der Schließung des Loches im Westen und der Erhöhung der Ausfuhr geltend. Der April zeigt einen Ausfuhrüberschuß von 576 Millionen, der Mai einen solchen von 1,1 Milliarden.

Ueber die weitere Entwicklung des deutschen Außenhandels können, so heißt es, nur vage Vermutungen geäußert werden. Ein merklicher Fortschritt nach dem Ziel einer starken aktiven Handelsbilanz, das erreicht werden muß, wenn Deutschland seine Zahlungsverpflichtungen erfüllen soll, ist nur denkbar, wenn es gelingt, den deutschen Inlandsbedarf möglichst niedrig zu halten und zugleich die deutsche Güter-Erzeugung möglichst zu heben.

Also, nur Arbeit und immer wieder Arbeit kann uns aus dem gegenwärtigen Elend herausheilen. Der inländische Verbrauch muß eingeschränkt und die Produktion mit allen Kräften gehoben werden, damit wir, wie der amtliche Bericht besagt, eine möglichst starke aktive Handelsbilanz erreichen, d. h. die Ausfuhr muß die Einfuhr um vieles übersteigen. Das erste und wichtigste Gebot der Stunde ist eine möglichst hohe Steigerung der Kohlenförderung, um die für die Beschäftigung unserer Industrie notwendigen Kohlen zu beschaffen. Ueber Arbeitskräfte verfügen wir mehr als genug, es muß nur unter allen Umständen erreicht werden, diese Tausende von Erwerbslosen aus den Großstädten herauszubringen und der Kohlenindustrie zuzuführen. Vor allem in der Braunkohlen-Industrie bietet sich ein ausichtsreiches Feld. Gegen Kohle erhalten wir vom Ausland Lebensmittel und Rohstoffe und sind damit der größten Schwierigkeiten enthoben. Die Industrie kann wieder voll beschäftigt werden und Güter für die Ausfuhr produzieren. Nur so ist der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens möglich. Alle anderen Maßnahmen sind untergeordneter Bedeutung und können vielleicht den augenblicklichen Notstand mildern, eine Gesundung unserer Wirtschaftsverhältnisse vermögen sie jedoch niemals herbeizuführen.

Dreuz. Landesversammlung.

— Berlin, 28. September.

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Nach Erledigung der üblichen kleinen Anträge tritt das Haus in die von den Mehrheitsparteien eingebrachten Anträge ein über die Erzeugerpreise und die Freigabe der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sowie die Förderung des Zuderrückbaues und die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker. In Verbindung damit wird beraten über weitere Anträge hinsichtlich der Versorgung der Landwirtschaft mit Kunstdünger und der Preissteigerung für Kartoffeln.

Zunächst sprach der Abg. Landwirt Kausen (Str.) über die Düngefrage. Er fordert ausreichende Unterstützung der Düngereisen mit Kohle. Es bedarf einer dauernden Kontrolle, die einen zuverlässigen Überblick ermöglicht über die Erzeugung und Abfuhr der Düngemittel. Für die Herstellung von Kunstdünger müssen vom Reich angemessene Preise festgesetzt werden.

Abg. Reinert (Soz.) wendet sich gegen die Kartoffelpreispolitik der Reichsregierung. Es sei keine freie Wirtschaft, wenn die Regierung selbst nach Ansicht der Landwirte Zuckerpreise festsetze. Nun ist keinerlei Aussicht vorhanden, daß der Kartoffelpreis unter 31,75 Mark sinkt. Die Verbraucher in den Städten wünschen nicht, daß die Landwirte ihre Erzeugnisse ohne angemessenen Verdienst in die Stadt bringen, aber die Regierung ist verständlich, wenn man annehmen muß, daß die Landwirte unberechtigten Verdienst haben.

Ein Regierungsvertreter: Die Einführung der freien Wirtschaft ist auch von den Kreisen der Verbraucher gefordert. Der Preis von 25 Mark für den Zentner Kartoffeln ist nicht einseitig durch die Interessentenkreise festgesetzt worden, sondern ist der von der Indexkommission errechnete Preis. In ihr sind die Interessen der Verbraucherschaft hinreichend gewahrt, denn die Kommission besteht zur Hälfte aus Vertretern der Verbraucherschaft. Ausländische Kartoffeln sind seit Anfang des Jahres zu höheren Preisen hineingekommen. Hinsichtlich der Lieferungsverträge steht die Regierung auf dem Standpunkt, daß an ihnen unbedingt festzuhalten ist. Anders steht es mit den Kartoffeln im freien Handel. Hier muß der Preis von 25 Mark eingehalten werden. Die

Regierung wird aber bestrebt sein, den unbedingtesten Bevölkerungsfreien Kartoffeln zu niedrigeren Preisen zur Verfügung zu stellen.

Abg. Held (D. Sp.): Bei der Aufhebung der Fleischversorgung muß natürlich vorsichtig verfahren werden; es darf unter keinen Umständen Vieh ins Ausland gehen. In Berlin hat man ja seit Monaten kein Fleisch mehr gesehen, es steht also wohl fest, daß die Fleischversorgung zusammengebrochen ist.

Abg. Wehrmann (Dem.): Die Lieferungsverträge müssen unbedingt innegehalten werden. Wenn die Kartoffelpreise herabgesetzt werden, dann haben wir im Frühjahr noch weniger Kartoffeln. Der Übergang zur freien Wirtschaft ist unvermeidlich.

Abg. v. d. Osten (Zentl.) hält die augenblickliche Krise in der Fleischversorgung für nicht so bedenklich, daß man zur Zwangswirtschaft zurückkehren müsse. Es muß mit aller Schärfe für eine vernünftige Preisfestsetzung gesorgt werden, für eine Verständigung zwischen Erzeugern und Verbrauchern. Die Städte müssen ihren ungedeckten Mindestbedarf den Verwaltungsbehörden melden, die sich mit den landwirtschaftlichen Organisationen in Verbindung setzen müssen, damit die Kartoffeln vom eigenen Acker geliefert werden.

Abg. Kaufner (N. Soz.) tritt ein für Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch. Tagesordnung: Schlussabstimmung über das Kirchenaustrittsgesetz, Bericht des Ausschusses über die Anträge zum Gesetz Groß-Berlin.

Am Oberschlesien.

Ein Hilferuf des allgemeinen Gewerkschaftsbundes.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat an den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam einen Appell gerichtet, der zur Hilfe für Oberschlesien auffordert. Es wird darin hervorgehoben, daß infolge der großpolnischen Hesse in Oberschlesien der blutigste und gewaltigste Terror herrsche. Tausende von Arbeitern würden aus dem Lande vertrieben, viele, die arbeiten wollten, würden mit Gewalt an der Arbeit verhindert. Vereinbarungen, die zwischen Deutschen und Polen getroffen seien, seien von den Polen nicht gehalten. Nichts werde bisher gegen die Mäuser und Mörder unternommen. Das französische Militär sympathisiere mit den polnischen Aufrührern, die friedliche Bevölkerung könne nirgends Schutz finden. Der Vorstand des internationalen Gewerkschaftsbundes wird deshalb gebeten, die nötigen Schritte bei den Mächten, die die Besetzung Oberschlesiens vollzogen haben, zur Beseitigung dieser entsetzlichen Zustände zu unternehmen und besonders den Allgemeinen Arbeiterverband in Frankreich zu veranlassen, daß er auf die französische Regierung dahin einwirke, daß der französische Oberbefehlshaber Recht und Gerechtigkeit walten lasse und mit der nötigen Energie den polnischen Aufrührern entgegenrete.

Die Frage der Autonomie Oberschlesiens.

Wie die Preussische Staatsregierung mitteilt, befindet sie sich in der Autonomiefrage im vollen Einverständnis mit der Reichsregierung. Sie stehe loyal auf dem Boden des Artikels 18 der Reichsverfassung. Sollte die Bevölkerung Oberschlesiens auf dem in diesem Artikel vorgesehenen Wege die Forderung nach Autonomie erheben, so wird die preussische Staatsregierung dem nichts in den Weg legen, von sich aus aber kann die preussische Staatsregierung in dieser Angelegenheit nichts unternehmen; sie hat auch noch nicht die Gewissheit, daß die oberschlesische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit die Autonomie fordert.

Die Autonomie Oberschlesiens ist dieser Tage sowohl auf dem Parteitag der oberschlesischen Demokraten, wie auch in einer Vertrauensmännerversammlung in oberschlesischen Zentrum erörtert worden. Der demokratische Parteitag nahm eine Entschließung an, in der die Gewährung der bundesstaatlichen Autonomie im Rahmen des Deutschen Reiches als die gegebene Lösung der oberschlesischen Frage bezeichnet wird. Das oberschlesische Zentrum stellte eine Anzahl von Vorfällen auf, in denen die Selbständigkeit im Rahmen der deutschen Reichsanheit für Oberschlesien als notwendig bezeichnet wird.

General De Mond kehrt nach Oberschlesien zurück.

Savas meldet, daß die Demission des Vorsitzenden der Internationalen Kommission für Oberschlesien General De Mond, der vor einigen Tagen zur Berichterstattung vor die Völkerverkonferenz nach Paris berufen wurde, zurückgewiesen worden sei. De Mond werde Mitte Oktober nach Oberschlesien zurückkehren.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 28. September 1920.

— Für Ende dieser Woche ist eine Reichsverkehrs-konferenz durch den Reichsverkehrsminister nach Warschau einberufen worden, die sich mit der allgemeinen Verkehrsfrage im Reich beschäftigen wird.

— Der Vorkämpfer v. Weerenberg-Göller ist zur Aebnahme seines Postens nach Rom abgereist.

— Die Sozialdemokratische Partei zählt jetzt 1 180 208 Mitglieder, 168 000 mehr als im Vorjahre.

— „Baldige“ Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund? Aus London wird gemeldet: In einer Unterredung mit dem Vertreter der „New Sun“ erklärte der amerikanische Botschafter David, daß in Kürze Deutschland, Österreich und Ungarn in den Völkerverbund aufgenommen werden würden. — In Frankreich will man vorläufig von einer Gleichberechtigung der Deutschen im Völkerverbund nichts wissen. Wir können daher eine baldige Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund kaum erwarten.

— Die Deutsche Denkschrift für Brüssel enthält eine erschütternde Darstellung der furchtbaren Lage, in die Krieg und Vertrag von Versailles das Land gebracht haben. Die Bevölkerungszahl ist von 67 1/2 Millionen 1914 auf 60,8 Millionen 1919 heruntergegangen. In landwirtschaftlicher Hinsicht ist der Abgang an anbaufähiger Bodenfläche beträchtlich. In industrieller Hinsicht verliert Deutschland nach dem Friedensvertrag ein Drittel seiner Kalk-Erzeugung und beinahe fünf Sechstel seiner Eisenerze. Mit der Weltwirtschaft hat es keine Verbindung mehr durch den Verlust der größten Teils seiner Handelsflotte, aller Kolonien und

der Beschlagnahme des deutschen Eigentums im Ausland. Die Schuldenlast hat sich (ohne Berücksichtigung der Schulden der Einzelstaaten) von 5 Milliarden im Jahre 1914 auf 240 Milliarden im August 1920 erhöht. Der Papiergeldumlauf am 31. August 1920 wird auf 72 223 Millionen Mark angegeben. In diesen wenigen Zahlen kommt der ganze Ernst der Lage deutlich zum Ausdruck, dem sich auch die Teilnehmer der Konferenz kaum verschließen können.

— Die Einziehung des Reichsnotopfers. Am 29. September werden sich die einzelstaatlichen Finanzminister in Berlin versammeln. Die Besprechung wird jedoch nicht als Konferenz der Finanzminister vor sich gehen. Diese werden sich, wie der „Vokal-Anzeiger“ erzählt, vielmehr in ihrer Mehrzahl zu einer Sitzung des Reichsrates einfinden und an ihr teilnehmen. Der Reichsrat muß zusammentreten, weil das Reichsnotopfergesetz geändert werden soll. Die Gesetzesänderung ist deswegen notwendig, weil Dr. Wirth verlangt, daß ein Teil des Reichsnotopfers sofort in bar eingezogen werden soll. Man rechnet nicht mehr ernstlich mit der Einbringung einer Vorlage der Zwangsanleihe.

— Die Auflösung der Heeresabwicklungsstellen. Bekanntlich hat der Oberste Rat in einer Note an die deutsche Regierung die Auflösung der Heeresabwicklungsstellen bis zum 30. September gefordert. Diese Note wurde vor einigen Tagen von dem Chef der französischen Militärmission General Mollet überreicht. Gegen diese Forderung hat die deutsche Regierung Einspruch erhoben mit dem Hinweis, daß das Heeresabwicklungsamt keine militärische, sondern eine zivile Verwaltungsbehörde ist, die dem Reichsfinanzministerium untersteht und dessen Tätigkeitsgebiet nur wirtschaftliche Fragen umfaßt. Eine Auflösung der Abwicklungsstellen bis zum 30. September wäre eine echnische Unmöglichkeit angesichts der zahlreichen schwebenden Prozesse. Außerdem würde dem deutschen Reich bei plötzlicher Störung der Tätigkeit der Abwicklungsstellen ein großer materieller Schaden, der in die Millionen gehen würde, erwachsen.

Am 14. Tage Terminsetzung für die oberschlesische Abstimmung.

Savas meldet: Für die Entwaffnung der Insurgenten beider Nationalitäten sind neue Instruktionen des Militärrates ergangen. Der Botschafterrat wird sich innerhalb 14 Tagen über die Terminsetzung für die Abstimmung in Oberschlesien schlüssig werden.

Die bisherigen Ergebnisse der Brüsseler Konferenz.

Der Sonderausschuß der Finanzkonferenz hat die bisherigen Ergebnisse der Erörterung in einer Entschließung zusammengefaßt, die der Vollversammlung zur Abstimmung unterbreitet werden wird. Diese Entschließung befaßt sich mit der Herabsetzung der öffentlichen Ausgaben, mit den staatlichen Befugnissen in Bezug auf Unternehmungen und mit der Herabsetzung der Steuern. Die Entschließung beschäftigt weiter sich mit der Frage, ob Steuern auf das Kapital und die Vermehrung der direkten Steuern anzuraten oder zu verwerfen sind. Es wird vorausgesetzt, daß die Staaten empfohlen, ihre Anleihen einzuschränken, ihre auswärtige Schuld zu konolidieren und schließlich die Frage beizuhalten, ob die Beschränkungen des inneren und auswärtigen Handels zu beibehalten oder aufrechtzuerhalten sind.

— Roste über Deutschlands Lage. Der Oberpräsident der Provinz Hannover, der frühere Reichswehrminister Roste, stattete den Unterweserorten einen Besuch ab. Vor seinen Parteifreunden hielt er eine Rede über die politische Lage, in der er u. a. hervorhob, daß Augenblick in die jetzt rein bürgerliche Regierung einzutreten, liegt für die Mehrheitssozialisten kein Anlaß vor. Die Unabhängigen haben auf die gegenwärtige Regierung lange nicht so geschimpft, als auf diejenige, in der die Mehrheitssozialdemokraten vertreten waren. Wenn die gegenwärtige Regierung gestürzt wird, steht die Frage, was dann kommt. Eine Regierungsübernahme durch die Sozialdemokratie ist bei dem Verfall der Unabhängigen Sozialdemokratie ebenso ausgeschlossen, wie mit dem Zentrum und den Demokraten zusammen. Eine Übernahme mit den Nationalen ist ebenfalls ausgeschlossen; infolgedessen müssen wir die Zeit reifer werden lassen, um dann an Neuwahlen zu denken.

Rundschau im Auslande.

— Die Tiroler Blätter bringen an leitender Stelle Meldungen über die vollzogene Annexion Südtirols. Die Meldungen sind mit Trauer und Versehen. Die Stadt Innsbruck ist zum Zeichen der Trauer schwarz beflaggt.

— Nach einem Telegramm aus Helsingfors ist die deutsche Kommunistenführerin Klara Zetkin in Moskau eingetroffen.

— Wie „Daily Mail“ aus Allahabad meldet, haben die bolschewistischen Truppen die Truppen des Emirs von Kohat geschlagen und sich der Hauptstadt bemächtigt, die sie plünderten.

Frankreich: Ein Kriegsrat in Metz.

— Die „Telegraphen-Union“ erzählt von besonderer, mit amtlichen amerikanischen Stellen in engen Beziehungen stehender Seite, daß vor einigen Tagen in Metz unter dem Vorsitz von Foch eine Art Kriegsrat getagt habe. Foch habe dort betont, die Sicherheit Frankreichs verlange unter allen Umständen die baldige Besehung des Ruhrgebietes. Größere Truppenverbände seien zu diesem Zweck nicht erforderlich. Es genüge, wenn eine Anzahl Panzerwagen mit dem nötigen technisch geschulten Personal an die verschiedenen zu besetzenden Plätze entsandt würden. Diesen würde u. a. auch die Aufgabe zufallen, eine großartige Industriespionage in dem besetzten Gebiete zu organisieren, insbesondere gegen die Firma Krupp. Belgische Transporte mit Munition und Abwehrmittel seien nach den Depots in der belgischen Zone des besetzten Gebietes abgegangen.

Italien: Um ein Bild Lenins.

— 40 Angehörige des Bundes ehemaliger Frontkämpfer drangen in Triest an Bord des Lloydsschiffes „Prinz Hohenzollern“ und zerrissen, nachdem sie sich mit Revolvern Zutritt in die Schiffsräume der Matrosen verschafft hatten, ein Bild Lenins. Die Matrosen waren gegenüber der Uebermacht zu schwach. Eine ähnliche Episode spielte sich an Bord des Lloydsschiffes „Thalia“ ab. Zum Protest legten die Matrosen die Arbeit nieder und mehrere Dampfer konnten nicht ausreisen. In Pola kam es zwischen Sozialisten und Polizei zu einem blutigen Zusammenstoß, wobei ein Polizist getötet und mehrere Sozialisten verletzt wurden.

Russland: Mißerfolge an allen Fronten.

— Nach einem Telegramm aus Sebastopol hat General Wrangel die Bolschewisten nördlich von Alexandropol eingegriffen. Die Kavallerie Wrangels hat den Dnepr in der Gegend von Khostia überschritten. Drei Städte in den Departements von Poltawa und Jekaterinoslaw sind besetzt. Mehrere bolschewistische Heeresabteilungen sind kapituliert. — Auch an der polnischen Front haben die Bolschewisten an allen Stellen empfindliche Mißerfolge zu verzeichnen. In Galizien blüht Tarnopol wird belagert. Zum Angriff auf Kowno in Wolhynien bereit stellte bolschewistische Truppen wurden von den Polen geprengt. Im Raume östlich Bruchanow haben die Polen die Orte Kartuslaja und Koshan besetzt. Die Verfolgung der Bolschewisten nördlich des Njemen dauert an.

England: Russischer Protest gegen die Ausweisung Kamenews.

— Die Ausweisung des russischen Handelsdelegierten und bolschewistischen Agitatoren Kamenew aus London hat in Moskau große Entrüstung hervorgerufen. Der Außenminister Schtschekow ließ sofort eine drahtlose Nachricht nach London übermitteln, in der er erklärte, daß die Sowjetregierung in dieser Maßnahme den Versuch sieht, um jeden Preis den Abschluß eines Abkommens zwischen England und Rußland zu vermeiden und die Wiederaufnahme der friedlichen Beziehungen zwischen England und Rußland auf unbestimmte Zeit unmöglich zu machen. Die Erklärung klingt auf einen scharfen Protest gegen die unwürdige Behandlung der bolschewistischen Delegierten und macht England verantwortlich für das Scheitern der Verhandlungen. — Vom einem Abbruch der Verhandlungen kann keine Rede sein. Ein Erfahrmann für den auswärtigen Kamenew ist bereits unterwegs und wird in kürzester Frist zur Weiterführung der Unterhandlungen in London eintreffen. England ist umso mehr an der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland interessiert, als Amerika augenblicklich die größten Anstrengungen macht, sich den russischen Absatzmarkt zu sichern. Der New Yorker Finanzmann Warrenton ist zurzeit als Vertreter großer amerikanischer Handelsinteressen in Moskau, wo er mit dem Bolschewistenrat der Sowjetregierung berätet. Die Amerikaner haben es verstanden, durch die Wiederbesehung des deutschen Schiffsverkehrs den englischen Handel auf Deutschland zurückzubringen, es wäre daher kein Wunder, wenn sie auch in Rußland den Engländern zuvorkämen und den russischen Markt für den amerikanischen Exporthandel eröffnen würden.

Locales und Provinzielles.

— Weisenheim, 30. Sept. Auf Antrag der Vereinigung der Rheingauer Bäckermeister fand am 25. September 1920, vormittags im Kreishauses eine gemeinsame Sitzung von den Vertretern des Kreisausschusses und der Bäckervereinigung statt. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen kann sich der Kreisausschuß der Ansicht nicht verschließen, daß die Erhöhung des Brotpreises um 20 Pf. auf 4.50 Mk. erforderlich ist. Da seit dem 15. September 1920 der Mehlpreis um 7.— Mk. für 100 Kgr. erhöht wurde, ist aus diesem Grunde eine weitere Heraussetzung des Brotpreises um 10 Pf. notwendig. Nachdem die Bäckervereinigung ihre weitergehende Forderung fallen gelassen hat, wird auf Grund der §§ 58 ff. der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 unter Abänderung der Anordnungen des Kreisausschusses vom 11. Februar 1920 bzw. 11. Mai bestimmt: Der Höchstpreis für ein 1900 Gramm schweres Brot wird auf 4.60 Mk. festgesetzt. Die Anordnung tritt am 4. Oktober 1920 in Kraft.

— Weisenheim, 30. Sept. Auf Grund einer mit den Vertretern der rheinischen Landwirtschaft am 19. Aug. 1920 abgehaltenen Besprechung hat der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft sich damit einverstanden erklärt, daß für das besetzte Gebiet der Preis für Roggen, Gerste und Hafer um 110.— Mk., der für Weizen um 125.— Mk. für die Tonne erhöht wird. Danach ergeben sich für das besetzte Gebiet folgende Getreidepreise:

100 Kgr. Weizen	176.50 Mk.
100 „ Roggen	161.— „
100 „ Gerste	156.— „
100 „ Hafer	156.— „

Zu diesen Preisen sind bei Einhaltung der Lieferfristen die Frühdruschprämien zuzurechnen. Die Preiserhöhung gilt rückwirkend für alle Getreideablieferungen aus der Ernte 1920. Der Herr Reichsminister erwartet, daß die Landwirte des besetzten Gebietes mit Rücksicht auf die Erhöhung der Getreidepreise nunmehr mit allen Kräften die zur Zeit leider noch völlig unzureichende Ablieferung fördern. Im Rheingaukreise haben bisher nur einige der größeren Höfe ihre Ablieferungsfrist erfüllt. Außerdem haben einige wenige Landwirte ihr Brotgetreide zur Abholung bereitgestellt. Dadurch ist bis heute etwa ein Drittel des Ablieferungsolls des Kreises erfüllt. Die Bedeutung, die die mit der Getreideerfassung eng verbundene Frage der Brotversorgung für die Bevölkerung hat, sollte jeden gewissenhaften Landwirt zur unverzüglichen Erfüllung seiner Ablieferungs-pflicht veranlassen. Der kom. Landrat appelliert darum hierdurch an das Pflichtgefühl der Landwirte des Kreises mit dem dringenden Ersuchen, sofort alle verfügbaren Getreidemengen den Kommissionsären der Reichsgetreidekasse anzustellen, bzw. dem zuständigen Bürgermeister zur Ablieferung anzumelden. Das Getreide bleibt in Mühlen des Rheingaukreises. Die aber, die ihre Getreidemengen zu Bucherpreisen im Schleißhandel verkaufen um sich auf Geldgier auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern, mögen wissen, daß gegen sie auf Grund der Strafbestimmungen des § 80 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 und der Buchergesetze unannehmlich vorgegangen wird. Wer unbefugt beschlagnahmte Getreidevorräte beiseite schafft, kann mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. bestraft werden. Beschlagnahmt ist die gesamte Getreideernte 1920. Außerdem werden die Namen der Landwirte, die ihre Ablieferungsfrist bis zum 1. Januar 1921 nicht erfüllt haben, in sämtlichen Zeitungen des Kreises veröffentlicht. Die Ortsbauernschaften und Ortsbehörden sollen bei der Getreideerfassung tatkräftig mitwirken, damit nach Möglichkeit Zwangsmaßnahmen gegen die Landwirte erspart bleiben.

— KA Weisenheim, 30. Sept. Die behördliche Fleischbewirtschaftung ist mit Wirkung ab 1. Oktober 1920 aufgehoben worden. Mit diesem Tage werden die Anordnungen des Kreisausschusses betr. die Regelung des Fleischverbrauchs vom 3. Oktober 1916, die Anordnungen des Kreisausschusses betr. die Festsetzung von Höchstpreisen für Schlacht-

vieh, Fleisch und Fleischwaren vom 14. und 16. Juli 1920 die Anordnung des Kreisaußschusses betr. den Handel mit Vieh vom 3. Juni 1919, sowie alle zu den Verordnungen der Reichs-, Landes- und Bezirksstellen betr. die Schlachtung von Rindvieh, Schweinen, Ziegen, Schafen und Pferden, die Rationierung des Fleisches dieser Tiere, die Regelung des Verkehrs mit Wild und den Handel mit Vieh vom Kreisaußschuß erlassenen Ausführungsanweisungen außer Kraft gesetzt. Polizeiliche Anordnungen, insbesondere alle veterinärpolizeilichen Bestimmungen werden hieron nicht berührt. Die Ueberwachung der Preisbildung für Fleisch, Fleischwaren, Wild und Geflügel erfolgt in Zukunft durch die Preisprüfungsstelle. Die in Frage kommenden Gewerbetreibenden werden auf die Anordnung des Herrn Landrates betr. die Preisverzeichnisse und Preisschilder vom 14. September 1920 noch besonders hingewiesen und vor Preistreibern und Bucher dringend gewarnt.

Weissenheim, 30. Sept. Das hiesige Gewerkschafts-kartell schreibt uns: Am Freitag Abend 7 Uhr findet eine große Protestversammlung im „Deutschen Haus“ gegen die bestehenden hohen Kartoffelpreise statt und zwar wird ein Vertreter des Gewerkschaftskartell Frankfurt a. M. sprechen. Es ist Pflicht der gesamten werktätigen Bevölkerung zu erscheinen um durch die Gesamtheit den schärfsten Einspruch gegen den Bucher und gegen den Egoismus der Bauern zu erheben. Wir haben den Bauernschaften durch Einladung mit Plakaten Gelegenheit gegeben, ihre Gründe und Beweise für ihre übertriebene Forderungen zu vertreten, was ihnen aber nicht gelingen wird, denn andere Bauernschaften, die das Deutschtum nicht vergessen haben und die wissen, daß es noch mehr Deutsche gibt, die leben wollen, haben beschlossen, ihre Kartoffeln zum Preise von 18–20 Mk. abzugeben. Nochmals richten wir an alle die Bitte, ob Kopf- oder Handarbeiter, ob Mann oder Frau, erscheint am Freitag Abend zum Protest gegen Bucher und Preistreiberei.

Postverkehr nach Deutschpolen. Die polnische Postverwaltung hat die vor einiger Zeit an ihre Postanstalten erlassene Anweisung, alle vom Ausland, also auch von Deutschland eingehenden Postsendungen, bei denen Bestimmungsort und Straße nicht polnisch angegeben waren, als unbestellbar zu behandeln, rückgängig gemacht.

Gewichte aus Porzellan und Glas. Der Reichs-anstalt für Maß und Gewicht veröffentlicht eine Bekanntmachung, durch die die Herstellung von Gewichten aus Porzellan oder ihm an Haltbarkeit gleicher Erde und Glas zugelassen wird. Ueber die Größe und Form dieser Gewichte werden Einzelbestimmungen getroffen. Die Gewichte aus Glas werden nur bis zum 31. Dezember 1921 zur Neueichung zugelassen.

Michaelis ist wieder herangefahren, mit ihm hat der Herbst seinen vollen Einzug gehalten. Schon in alten Zeiten wurde dieser Tag festlich begangen. Die alten Germanen hielten um diese Zeit ihre großen Herbstgauterfassungen, die sogenannten Herbstthings, ab. Dagegen zur arbeitsreichen Erntezeit das Recht sprechen geruht, so hielten an den Herbstthings die Ältesten des Volkes Gericht, und alle Streitigkeiten der Volksgenossen wurden beigelegt. Nachher feierte man bei Tanz und Schmaus das Ende des sommerlichen Jahres, und zu Ehren der Götter loderten auf Bergen und Höhen Freudenfeuer auf. Die christliche Kirche legte auf den 29. September das Fest des Erzengels Michael, und die alten Volksbräuche blieben von da ab an dem Michaelistage, im Volke hartweg Michaelis genannt, haften. Noch heute werden an der Mosel und in der Eifel Michaelisfeuer auf Bergeshöhen abgebrannt. Dabei wird ein mit Stroh umwickeltes und angezündetes Rad den Berg hinabgerollt. Reste von ehemaligen, von den Germanen den Göttern dargebrachten Herbstopfern findet man noch in dem Brauche, daß an Lehnsherrschaften, Kirchen und Äbte „Michaelishühner“, „Michaelisweden“, „Michaelisfuchen“, „Michaelisfinfen“ abgegeben werden müssen. Die Heiligkeit der alten herbstlichen Festzeit geht noch hervor aus der in Ostfriesland und im Erzgebirge herrschenden Volksanschauung, daß man am Michaelistage kein Korn säen, überhaupt auf dem Felde nicht arbeiten dürfe. Auch auf die Witterung des folgenden Quartals soll der Michaelistag Einfluß haben. So sagt man: Wenn der Erzengel (Michael) sich die Flügel badet, so regnet es bis Weihnachten. Um Michaelis ist die beste Sägezeit für das Wintergetreide.

Frankfurt, 26. Sept. Der Magistrat plant die Aufnahme einer Anleihe im Betrage bis zu 100 Millionen. Diese Riesensumme soll das städtische Defizit decken helfen, weiter aber die sozialen Einrichtungen der Stadt neu fundieren.

Koblenz, 29. Sept. Seit heute morgen steht die Burg Elz bei Münster-Maisfeld in Flammen. Die Feuerbrunst ist durch Kaminbrand entstanden, der nicht mehr gedämpft werden konnte. Die Kapelle der Burg ist völlig niedergebrannt. Die wertvolle Bibliothek ist gerettet. Burg Elz enthielt eine reichhaltige Gemäldesammlung mit Werken von Cranach, Dürer und Holbein. Sie ist eine der wenigen Burgen, die bei der Zerstörung der Pfalz durch Ludwig XIV. erhalten geblieben sind.

Aus der Rheinpfalz, 28. Sept. Der Verkauf des Portugieser Rotmoses war sehr lebhaft bei anziehenden Preisen. Für 40 Liter wurden an der Oberhardt 220, 280–300 Mk. bezahlt. Für gekelterten 8500–9000 Mk. für 1000 Liter. — An der Oberhardt nimmt die Weißweinslese teilweise bereits nächste Woche ihren Anfang.

Aus Stadt und Land.

Er mordung einer sozialistischen Abgeordneten. Auf ihrer kleinen Besitzung Schilhorren bei Syd in Ostpreußen, ist die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Therese Eschholz, die auch Mitglied der Nationalversammlung war, im Bett ermordet aufgefunden worden. Der Kopf war mit einem Beil geklopft. Das Bett war mit Petroleum übergossen und angezündet. Ihr Gesicht und Oberkörper war bereits verkohlt. Als Täterin wurde, der „Berl. Ztg.“ zufolge, eine frühere Oberlehrerin des Angekl. aus Syd, ein Fräulein Thiele ermittelt, die in dem Zimmer neben der Getöteten wohnte. An dem Wassereimer und der Waschkübel in ihrem Zimmer befanden sich Blutspuren und Haare der Ermordeten. Die Thiele bestreitet die Tat und gibt an, daß eine Bombenexplosion vorliegt. Nachträglich wurde hinter

einem Holzstapel ein blutbeflecktes Beil gefunden. Die Thiele ist als nicht ganz zurechnungsfähig in Syd bekannt.

Das Schicksal des schwedischen Riesensloßes. Das zwischen der Insel Neuwerk und Cuxhaven vollständig auseinandergerissene Riesensloß zieht zum großen Teil weit in die Meere hinaus. Der Hauptteil des Sloßes ist bei Cuxhaven in Sicherheit gebracht worden. Die Schiffsahrt stößt noch fortwährend auf Baumstämme. Die schwedischen Küstenschiffe haben bei ihrer Jagd auf die Floßteile Hunderte von Stämmen geborgen. Da ihre Zugehörigkeit zu dem Riesensloß nicht nachzuweisen ist, da die Stämme nicht gezeichnet sind, werden sie zunächst als „Strandgut“ gehalten. Die Ablösung dürfte dem Besitzer des Sloßes große Geldsummen kosten. In Hamburg eingelaufene Dampfer haben Baumstämme in der Nähe der westfriesischen Inseln und in der Nähe der Doggerbank angetroffen, die in der Richtung der englischen Küste weiterzogen. Dänische Zeitungen berichten, daß Holzmassen bei Skallingen an der dänischen Küste angeschwemmt sind. Der Verlust der wertvollen Hölzer beträgt viele Millionen Mark.

Textilarbeiterausland in Oberfranken. Am Montag ist die gesamte Arbeiterschaft der Bamberger Baumwollspinnereien und Webereien in Stärke von 800 Mann wegen Lohnunterschieden in den Ausland getreten. Es ist jetzt mit der Möglichkeit zu rechnen, daß sich der Ausstand auf die ganze oberfränkische Textilindustrie ausdehnen wird.

Ein Sonntag der Verbrechen. Die Bluttaten und Kapitalverbrechen mehren sich jetzt in Berlin in erschreckendem Maße. Am Sonntag wurden zwei neue entdeckt. In der Wilsostraße wurde die frühere Schauspielerin Erna Klemm, geb. Klug aus Hamburg in ihrem Zimmer ertränkt aufgefunden. Der Tatverdächtige ist ihr Liebhaber, der 22-jährige Kaufmann Hippmann Romagny aus Odessa, der flüchtig ist. Auf ein Kapitalverbrechen läßt auch ein Verbrechen im Paulen See im Tiergarten schließen, der am Sonntag gemacht wurde. Auf erfolgte Anzeige wurde der Paulen See abgefißt und die Leiche der 16 Jahre alten Magistratsbureau-Assistentin Erna Klose aus Steglitz geborgen.

Ein dritter rätselhafter Todesfall ereignete sich in Wilmsdorf. In der Landhausstraße 26 a wurde der zweiundfünfzigjährige Kaufmann v. Jilinski unter eigenartigen Umständen tot aufgefunden. Er hatte kurz vorher den Besuch einer Familie Rathanson gehabt. Als diese ziemlich aufgeregt sein Haus verließ, äußerte sie zu Bewohnern des Hauses: „Der Jilinski liegt tot in seiner Wohnung.“ Als einige Leute hinaufstiegen, um sich Gewissheit zu verschaffen, fanden sie Jilinski tatsächlich tot auf. Der herbeigerufene Arzt konnte zwar keine Merkmale einer gewaltsamen Tötung feststellen, doch gelang es ihm auch nicht, die normale Todesursache zu ermitteln. — In einer Pension in der Giesebrechtstraße wurde ein 24-jähriger Student der Musik und seine 16-jährige Geliebte erschossen aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor.

Ein historisches Petschaft verschwunden. Im Schloß Charlottenhof bei Potsdam ist aus dem Zimmer der Königin Elisabeth ein wertvolles Petschaft entwendet worden. Die Druckfläche des Petschafts ist ungefähr tafergroß. Das Siegel zeigt die Buchstaben „E. W.“. Am Rande des Petschafts sind zur Verzierung blaue, violette und rote Steine eingelassen. Der Verlust wurde bemerkt, nachdem zwei englisch sprechende Damen das Schloß besichtigt hatten.

Beilegung des Streiks auf den ober-schlesischen St. Ätritzwärdern. Der Streik auf den ober-schlesischen St. Ätritzwärdern ist nach langwierigen Verhandlungen beigelegt worden. Den Arbeitern wird ein Kartoffelzuschuß gewährt und zwar Ledigen unter 18 Jahren 75 Mk., über 18 Jahren 200 Mk., Familien bis zu 4 Köpfen 300 Mk. Für jeden weiteren Kopf 75 Mk. bis zur Höchstgrenze von 600 Mk. Streiklichtungen werden nicht bezahlt.

Mehrere tausend Büchsen Kondensmilch verdorben. Während in Berlin die Kindersterblichkeit infolge der mangelhaften Ernährung in erschreckender Weise zunimmt, sind dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ zufolge in dem Lagerkeller eines Fabrikhauses in der Lindenstraße mehrere tausend Büchsen kondensierter Milch verdorben. Im Winter 1919–20 kaufte die Reichsfleischstelle große Mengen kondensierter Milch, die zum Teil nach Berlin gingen. Die in Holzkisten zu je 50 Stück verpackten Kisten wurden in Kellerräumen untergebracht. Nachdem die Milch dort monatelang gelagert hatte, und nur die freigegebene Ware zum Verkauf gelangt war, sah sich die Reichsfleischstelle infolge zahlreicher Reklamationen über schlechte Beschaffenheit der Milch endlich veranlaßt, die noch vorhandenen großen Bestände einer Prüfung zu unterziehen. Dabei wurde festgestellt, daß in den feuchten Kellerräumen tausende von Büchsen durchgerostet und der Inhalt verdorben war.

Das Eisenbahnunglück bei Contra. Der beim Eisenbahnunglück bei Contra (Kr. Schwesig) entstandene Materialschaden beträgt schätzungsweise 15 Millionen Mark. Die Unfallstelle ist noch nicht geräumt. Der Verkehr ist noch auf einige Tage gesperrt. Eine Leiche befindet sich noch unter den Trümmern.

Strafverurteilung. Wie das „Memeler Dampfboot“ erzählt, ist dem Geheimrat von Schlenker in Md. Raubeln, der am 13. September vom Memeler französischen Kriegsgericht zu zwei Monaten Gefängnis und 500 Frank Geldstrafe verurteilt worden war, der Rest der Gefängnisstrafe, die er bisher in einer Kaserne verbüßt, erlassen worden. Auf einem Vorwerk des Gutes Schlenker war bekanntlich ein von deutschen Truppen im Herbst 1919 zurückgelassenes Flugzeug gefunden worden.

Der erste Tag der Königsberger Ostmesse. Eine vom Merkant herausgegebene Mitteilung über den Verlauf des ersten Messetages besagt: Der Verkehr in den Messehallen und auf den Ausstellungsplätzen war außerordentlich lebhaft, und in allen auf der Messe vertretenen Branchen war festzustellen, daß das Geschäft sich gut anließ. Jedenfalls sind die Aussteller mit dem ersten Tage zufrieden gewesen. Ein besonderer Vorzug der Ostmesse ist die streng durchgeführte Branchenordnung, die die Uebersicht über die etwa 1700 Aussteller bedeutend erleichtert. Besonders hervorzuheben ist die Textilbranche und die landwirtschaftliche Maschinenausstellung, an denen die besten und größten deutschen Firmen beteiligt sind. Die Zahl der Einkäufer ist größer, als man vermutet hat. Sie ist am ersten Messetage mit 16 000 zu veranschlagen.

Fürst von Reuß und die Zwangsquartierung. Fürst von Reuß Schloß mit der Stadtgemeinde Vebra, um sein Schloß Osterstein vor weiteren Zwangsquartierungen zu bewahren, einen Vertrag, wonach er bis nächsten Sommer für 1¼ Millionen Mark 46 Notwohnungen neubaut, dafür aber von Zwangsquartierungen befreit bleibt.

Verrat an die Entente. Die Münchener Polizei verhaftete einen 19-jährigen Mechaniker, einen 31-jährigen Fabrikarbeiter und einen 24-jährigen Schlosser, welche sich durch verräterische Angaben an die Entente-Kommission Vermögensvorteile verschaffen wollten. Einer der Verhafteten erklärte, er habe gehört, daß für derartige Mitteilungen bis zu 500 000 Mark erzielt werden, und habe auch so gut verdienen wollen.

Hochwasserkatastrophe in der Schweiz. Infolge Ueberschwemmung ist der Bahnverkehr Bisp—Zermatt eingestellt. Der auf dieser Linie angerichtete Schaden geht in die Millionen. Alle Holzbrücken im Saas-Tal sind weggerissen. Im Zermatt-Tal sind die meisten Brücken über die Bisp weggeschwemmt. Die telefonische Verbindung mit Bern wird voraussichtlich wochenlang unterbrochen bleiben. Die Bäschberg- und die Gurta-Bahn haben schwer gelitten.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 30. Sept. Nach der gestrigen Uebergabe der Groß-Funkstation Nauen in den öffentlichen Verkehr wurde als erste Meldung der nachstehende Funkpruch des Reichspräsidenten ausgegeben: „An Alle! Die offizielle Einweihung der unter dem Rufnamen Boy seit Jahren in der Welt bekannten Groß-Funkstation Nauen ist soeben in meinem Beisein erfolgt. Ich beglückwünsche die deutsche Industrie, die dieses Meisterwerk der Radio-Technik geschaffen hat zu dieser hervorragenden Leistung und gebe gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, daß für Deutschland dieser Tag ein Markstein in der Entwicklung seiner Ueberseeverbindung sein werde. Ebenso habe ich darauf vertrauen, daß Nauen am Wiederaufbau des Deutschen Reiches und seines Ueberseehandels in hervorragendem Maße mitwirken wird. Reichspräsident Ebert.“

TU Kiel, 30. Sept. Das Reichsschwimmdock 7 mit seiner Größe von 100 000 Tonnen, ein Wahrzeichen des Kieler Hafens ist am Montag von sechs englischen Schleppdampfern nach England abtransportiert worden. Auch das zweite neben der Germania-Werft liegende Reichsschwimmdock steht unmittelbar vor seiner Ablieferung und zwar wird es in den Besitz der Franzosen übergehen. Zum Abtransport haben die Franzosen zwei holländische Schlepper gechartert, die bereits auf der Kieler Rade angekommen sind. Sie wollen das Dock in den nächsten Tagen abschleppen.

TU Leipzig, 30. Sept. Auf dem Bahnhof in Gera haben die Eisenbahner drei Waggons mit Artillerie- und Infanteriegeschossen angehalten, die von einer Berliner Firma als Alt-Eisen von Hannover über Eger nach der Tschecho-Slowakei verschoben werden sollten.

TU Berlin, 30. Sept. Nach französischen Blättermeldungen beabsichtigen Schneider-Creuzot gemeinsam mitickers in London und der Bergwerks-Gesellschaft Storacha, eine große Munitionsfabrik in Polen zu gründen.

TU Brüssel, 30. Sept. Die Brüsseler Blätter besprechen gestern die Rede des deutschen Vertreters Bergmann und den guten Eindruck, den diese in Konferenzkreisen ausgelöst hat. Die „Independance Belge“ konstatiert die gespannte Aufmerksamkeit, mit der die gesamte Versammlung den Darlegungen folgte und die Einmütigkeit des Beifalls, den sie hervorriefen. Der „Matin Belge“ hebt die große Gewandtheit hervor, mit der Bergmann sich der französischen Sprache bedient habe. Das „XX. Siecle“ schreibt: Wir müssen um objektiv zu sein, gestehen, daß die mutige und doch bescheidene Rede des deutschen Delegierten den einmütigen Beifall aller Nationen, einschließlich der belgischen und französischen gefunden hat. Die gestern zum Studium der Finanzlage der einzelnen Länder und der Maßnahmen zur Balanzierung des Budgets eingesetzte Kommission hat einen siebenköpfigen Ausschuß eingesetzt. Ihm gehören an: Bergmann (Deutschland), Chalmers (England), Chouffon (Frankreich), Grabski (Polen), Heer (Schweiz), Leproux (Belgien) und Ricci (Italien).

TU Paris, 29. Sept. Die Blätter kommentieren die Äußerungen der deutschen Delegation in Brüssel über die Finanzlage Deutschlands. Der „Matin“ schreibt hierüber u. a.: Seit Monaten weisen wir auf die Flucht der deutschen Kapitalien ins Ausland hin. Berlin hat seine Schätze in der Schweiz, in Holland, in Spanien und anderen Ländern verborgen. Jetzt, da es sich handelt zu bezahlen, zeigt uns Berlin seine leeren Taschen. Die Deutschen haben mit Ausländern wirtschaftliche Abmachungen getroffen, weshalb diese Ausländer das „arme“ Deutschland verteidigen, welches das nicht bezahlen könne, was es den Alliierten schuldet. Trotzdem ist Deutschland in der Lage, der Stadt Bern 500 Millionen vorzustrecken. Deutschland hat die Hälfte seines Vermögens verschüttet, um die andere Hälfte zu retten. Die „Gaulois“ schreibt: Deutschland hat seine Schulden. Es bittet heute um den Abschluß eines Konkordats und droht, die ganze Welt in seinen Bankrott hineinzuziehen. Es handelt sich hier um eine Feilscherei, die uns jedoch nicht beängstigt. Die Ziffern sprechen allerdings für sich. Vielleicht sind sie jedoch falsch. Europa wird in allen diesen Beprehungen klar sehen und den Deutschen nicht gestatten, Hissquellen zu eröffnen, welche die für die neue Kriegspolitik notwendigen Fonds liefern würden.

TU Kopenhagen, 29. Sept. Wie die „Berlingske Tidende“ von gut unterrichteter Seite erzählt, finden in Paris und Prag Verhandlungen statt über die Bildung eines antiholowischen Blocks, der die Tschecho-Slowakei, Ungarn und Rumänien umfassen soll. Gleichzeitig seien französische Diplomaten an der Arbeit, eine wirtschaftliche Einigung zwischen Oesterreich und Ungarn herbeizuführen. Da auch Polen sich diesem Blocke anschließen werde, seien alle Vorbedingungen für eine große französisch orientierte Allianz gegeben.

Bekanntmachung.

Verordnung Nr. 34 — Betr. Brieftauben.

Die interalliierte Oberkommission der rheinischen Gebiete, im Hinblick auf das Abkommen vom 23. Juni 1919, Anhang zum Friedensvertrag, und insbesondere im Hinblick auf Artikel 3, in Anbetracht dessen, daß die Kontrolle der Brieftauben in den besetzten Gebieten die Sicherheit der Besatzungsarmeen, worüber die Oberkommission zu wachen beauftragt ist, verordnet:

Artikel 1.

Die Aufzucht und der Verkehr von Brieftauben sind im besetzten Gebiete unter den nachstehend aufgeführten Bedingungen gestattet.

Artikel 2.

Die Brieftaubenzüchter sind ausdrücklich verpflichtet, zum 1. September eines jeden Jahres dem Kreisdelegierten der Oberkommission, in dessen Verwaltungsbereich der Brieftaubenschlag sich befindet, eine listenmäßige Beschreibung ihrer alten und zum betreffenden Zeitpunkt flüggen Jungtiere einzureichen. In dieser Liste ist außerdem anzugeben, für welche Flüge (Strecken) die einzelnen Tiere trainiert sind. Die Flügel sind mittels eines besonderen Stempels kenntlich zu machen, um die Kontrolle einfacher durchführen zu können.

Artikel 3.

Jedwede Person, welche für dauernd oder vorübergehend Brieftauben erhält, oder welche einen neuen Taubenschlag einrichtet, ist angehalten, dies innerhalb 4 Tagen dem Kreisdelegierten zu melden, unter Angabe woher die Brieftauben stammen.

Artikel 4.

Die verbündeten Behörden können jedesmal, wenn es für notwendig erachtet, eine Kontrolle vornehmen lassen und zur Beschlagnahme von Brieftauben schreiten, für welche nicht die vorschriftsmäßige Meldung gemacht ist, wodurch nicht die gerichtliche Verfolgung der betreffenden Personen wegen Verstoßes gegen diese Verordnung behindert wird.

Artikel 5.

Das Fliegenlassen von Brieftauben, welche nicht zu einem Brieftaubenschlag der besetzten Gebiete oder zu solchen der die Besatzung ausübenden Mächte gehörten, ist im ganzen besetzten Gebiet verboten.

Artikel 6.

Falls über das ganze besetzte Gebiet oder über einen Teil desselben der Belagerungszustand verhängt werden sollte, ist jedwede Einfuhr von Brieftauben und jeder Platzwechsel von anderen Brieftauben als der Tiere der Besatzungsmächte auf dem Gebiete, welches im Belagerungszustand sich befindet, verboten.

Artikel 7.

Vorstehende Verordnung tritt mit dem 5. September 1920 in Kraft.

Coblenz, den 19. August 1920.

Die Interalliierte Oberkommission.

Wird hiermit veröffentlicht.

Geisenheim, den 28. September 1920.

Die Polizeiverwaltung. Stahl.

Bekanntmachung.

Zur Verhütung des Wildschadens durch Schwarzwild wäre es ratsam, folgende sachmännische Erfahrungen zu verwerten: Im Herbst bei der Kartoffelernte wären die dabei beschäftigten Personen anzuhalten, daß die Kartoffeln reiflos aus der Erde geholt werden und daß nicht, wie es aus Gleichgültigkeit immer noch vorkommt, hier und da Kartoffeln zurückbleiben. Das Schwarzwild wittert diese zurückgebliebenen Kartoffeln, bricht danach und wenn nach der Kartoffelernte der Acker bereits wieder mit Roggen besät ist, tritt besonderer Schaden ein. Erfahrungsgemäß brechen Säuen im Winter nicht auf Kornäckern, auf welchen nicht noch von der letzten Ernte Kartoffeln zu finden sind.

Die Herren Bürgermeister derjenigen Gemeinden des Kreises, in welchen erhebliche Schwarzwildschäden vorzukommen pflegen, ersuche ich, dieses ortsüblich bekannt zu geben.

Rüdesheim, den 22. September 1920.

Der kommissarische Landrat.

Dr. Mülhens.

Wird hiermit veröffentlicht.

Geisenheim, den 29. September 1920.

Der Magistrat. Stahl.

Bekanntmachung.

Das Ortsstatut betr. Dienstvermögen, Ruhegehalt und Hinterbliebenenbezüge der Beamten der Stadt Geisenheim liegt gemäß § 13 der Städteordnung von heute ab während 2 Wochen auf hiesigem Rathause zur Einsicht offen. Während dieser Frist können Einwendungen bei dem Magistrat erhoben werden.

Geisenheim, den 29. September 1920.

Der Magistrat. Stahl.

Bekanntmachung.

Die Versteigerung des Holzes im Distrikt Antoniuskapelle ist genehmigt.

Das verlorne und versteigerte Holz wird am nächsten Montag zur Abfahrt überwiesen.

Geisenheim, den 29. September 1920.

Der Bürgermeister. Stahl.

Bekanntmachung.

Zufolge mehrfacher Anregungen wurden die Feldertage von Montag und Donnerstag auf Mittwoch und Samstag einer jeden Woche verlegt.

Geisenheim, den 29. September 1920.

Der Bürgermeister. Stahl.

Bekanntmachung.

Die Geschäftskunden auf dem Rathause und im Wirtschaftsamt werden von Freitag den 1. Oktober 1920 ab auf 8—12 Uhr vormittags und 2—6 Uhr nachmittags festgesetzt.

Für das Publikum sind die Geschäftsstellen nur vormittags geöffnet. Nachmittags werden nur Eilsachen erledigt.

Sonntags ist das Rathaus geschlossen.

Geisenheim, den 30. September 1920.

Der Bürgermeister. Stahl.

Bekanntmachung.

Samstag den 2. Oktober, vormittags von 7^{1/2} bis 12 Uhr, kommen im Lagerhause der alten Schule (Zollstraße)

Ackerbohnen und minderwertige Erbsen

das Pfund zu Mk. 1.— zum Verkauf. Bezugsscheine werden zu derselben Zeit im Wirtschaftsamt ausgegeben.

Geisenheim, den 30. September 1920.

Der Magistrat.

Die neu eingerichtete

Oelmühle

in Winkel, Kirchweg Nr. 5

empfiehlt sich zum

Schlagen aller Oelsaaten, Nüsse usw.

Peter Kempenich und Karl Henrich.

Geschäfts-Empfehlung!

Ich übernehme die Leitung von
Weinversteigerungen, Mobiliar-
Auktionen, Einziehung von
Forderungen an allen Plätzen
Bearbeitung von Prozeßsachen
Erbauseinanderlegungen, Teilungen
Anfertigung von Verträgen aller Art

Sprechstunden täglich von 8—12 Uhr
vormittags und 3—7 Uhr nachm.

J. Heinz :: Rüdesheim

Auktionator und Rechtskonsulent

Friedrichstr. 14 — Telefon 187.

Buch- und Kunstdruckerei

Arthur Jander

Verlag der Geisenheimer Zeitung



Alle Drucksachen

für den privaten Bedarf,

für Handel, Industrie und

Gewerbe, sowie Behörden

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der
Geisenheimer Zeitung (20. Jahrg.)
Exp.: Winkeler Landstrasse 53b
Fernsprech-Anschluss Nr. 123.

Verloren

am vergangenen Mittwoch
eine Säge (Waldteufel) im
Holzweg.

Wiederbringer erhält Be-
lohnung.

A. Müller, Taunusstr. 18.

Für gebildeten, 18jährigen
jungen Mann, Cleve der
Gartenbauschule

Geisenheim

wird dortselbst zum 15. März
1921 in guter Familie

Dauerpension

gesucht. Reichliches, kräftiges
Essen und Familienanschluß
ist Bedingung und wird
gerne ein dementsprechender
Pensionspreis bezahlt. Gefl.
Angebote erbeten u. W 3508
an Ann.-Exp. D. Frenz,
G. m. b. H., Wiesbaden.

Guterhaltene

Konzert-Zither

mit Noten

zu verkaufen. Zu erfragen
in der Geschäftsstelle.

Neues Sauerkraut

Neueholl. Salzheringe

Rollmops

Tafel-Senf

frisch eingetroffen.

Frau B. Rothhaupt Wwe.
Marktstraße 4.

Nehme Bestel-
lungen auf Winter-Obst,
Tafel- und Wirtschafts-
Apfels u. Birnen entgegen.

Täglich

frische Wurst.

Frau Bach, Wwe.
Blaubachstr. 15.

Täglich

frische Wurst

Karl Rath, Gastwirt

Alle Sorten

Tafel- und

Wirtschafts-Obst

fortwährend zu haben bei

Franz Rückert

Winklerlandstr. 47.

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Bürger-Gesellschaft

Geisenheim a. Rh.

Donnerstag Abend im
Hotel zur Linde:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: Vereins-
Angelegenheiten und Neu-
aufnahmen.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Gesangverein

Lieder-

kranz.

Donnerstag Abend 7^{1/2} Uhr:
Gesangstunde.
Um pünktliches und voll-
ständiges Erscheinen bittet
Der Dirigent.

Rath.Kirchenchor

Geisenheim a. Rh.

Deute Abend 8 Uhr:

Gesangstunde

Um pünktliches Erscheinen
wird ersucht.

Der Vorstand.

Rath.Gesellenverein

Geisenheim.

Lade hiermit unsere Mit-
glieder zur vierteljährlichen
gemeinschaftlichen
St. Kommunion
Sonntag den 3. Okt. morgens
7 Uhr, herzlich ein.
Der Präses.

Eingetroffen:

4 Meter lange

Pflöcke,

Baumstützen,

Waschpflöcke,

Bretter u. Latten.

E. Dillmann.

Umpressen von

Damenhüten

auf neueste elegante
Formen in tadelloser
Ausführung.

Auch Herrenzylinder
können zu Damen-
hüten umgepresst
werden.

H. Lauferweiler

Bingen, Salzstrasse 5.

Neu erschienen!

Der Rheingau

in Sage u. Geschichte

von Rektor W. Jansen

Verlag von Arthur Jander. Geisenheim

Preis Mk. 3.—

Zu haben in allen Buchhandlungen.

Färberei und chem. Reinigung

Karl Döring, Wiesbaden.

Fabrik: Draudenstrasse 5. — 6149 Telefon 6149.

Läden: Weissenburgstrasse 12, Schwalbacherstrasse 9.

Annahmestelle für Rüdesheim, Geisenheim und
Umgebung Herr Schneidermeister. Schön, Rüdesheim
Neustrasse 12.

Reinigen u. färben sämtl. Herren- u. Damen-
gaderoben sowie Teppiche, Möbelstoffe usw.

innerhalb 8—10 Tagen bei tadelloser Ausführung
und soliden Preisen. Trauersachen innerhalb 48 Stund.

Durch genügend Benzinvorrat bin ich in der Lage, allen An-
forderungen im Reinigen gerecht zu werden.